

Frieden braucht Mitsprache und Selbstorganisation

Plädoyer für einen herrschaftskritischen Blick auf den Ukrainekrieg und seine Folgen

Wir, Mitglieder des Arbeitskreises Herrschaftskritische Friedensforschung, sind eine Gruppe von Friedensforscher*innen, die das Eintreten für herrschaftskritische Theorieperspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung eint. Wir blicken mit großen Sorgen auf den anhaltenden Krieg in der Ukraine, bei dem es sich um die militärische Eskalation eines schon länger bestehenden Konfliktes handelt, der u.a. massive humanitäre, politische, soziale, ökonomische und ökologische Auswirkungen mit sich bringt.

Wir nehmen im aktuell dominierenden öffentlichen Diskurs, aber auch in Teilen der Friedensforschung, so zum Beispiel beim Jahreskolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK), eine stark militarisierte, komplexitätsreduzierende, individualisierende Denkweise in Bezug auf diesen Krieg wahr. Dies widerstrebt unseren Haltungen, da wir neben klaren Benennungen von Verantwortlichkeiten vor allem strukturelle, herrschafts- und ordnungspolitische Ebenen in den Blick rücken wollen, um größere Zusammenhänge kritisch betrachten zu können. Der als alternativlos konstruierte Diskurs erscheint uns so verengt, dass selbst jene Gruppen, die am stärksten von dem Krieg betroffen sind, ihren Stimmen kaum Gehör verschaffen können. Damit werden sie auch in der Wissenspolitik – erneut – 'unsichtbar' gemacht. Zu diesen Gruppen zählen unter anderem Frauen, Kriegsdienstverweiger*innen, Deserteur*innen, LGBTIQ* (Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Intersex, Queer), Menschen mit körperlichen/geistigen Behinderungen, Migrierende, Geflüchtete, Schwarze¹ und anderweitig rassifizierte Menschen wie Rom*nja.

Diese Stellungnahme ist als wissenspolitische Intervention in den aktuellen Diskurs zu verstehen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir begreifen es als Teil unserer herrschaftskritischen Haltung, dass wir aufgrund unserer jeweiligen Situiertheit nicht in der Lage sind, vollends abgeschlossene Stellungnahmen hervorzubringen. Uns liegt sehr daran, dass die herrschaftskritische Diskussion zum Ukrainekrieg unter uns und mit allen Interessierten weitergeht. Wir möchten dabei auch die angesprochenen Perspektiven vielfältiger basispolitischer Akteur*innen insbesondere aus der Ukraine und aus Russland einbeziehen.

Der Ukrainekrieg – eine gewaltsame Austragung konkurrierender Herrschaftsansprüche

Die russische Regierung begann am 24. Februar 2022 ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine. Damit verstößt sie mehrfach gegen friedensförderliche Normen des Völkerrechts gemäß der Charta der Vereinten Nationen: Verletzt worden sind das absolute Gewaltverbot (Art. 2.4), das Interventionsverbot (Art. 2.7) sowie der Grundsatz der souveränen Gleichheit (Art. 2.1). Vor allem bringt der Krieg unendliches Leid über die Menschen, die direkt oder auch indirekt von der Gewalt betroffen sind: Menschen sterben durch Waffengewalt, ganze Städte werden wie Mariupol dem Erdboden gleichgemacht, zivile Infrastruktur zerstört, Krankenhäuser angegriffen, Atomkraftwerke umkämpft, und schreckliche Massaker verübt. Mehr als ein Viertel der ukrainischen Gesamtbevölkerung befindet sich derzeit auf der Flucht: Etliche haben das Land verlassen, noch mehr suchen in der Ukraine Zuflucht. Je länger der Krieg andauert, desto mehr erhöht sich die Brutalität der Kriegshandlungen. Bereits zu Beginn des

¹ Wir nutzen "Schwarz" als Begriff, der eine soziale Konstruktion und zugleich eine politische Selbstbezeichnung von People of Colour darstellt.

Krieges sendete Wladimir Putin eine Drohung mit Atomwaffen gegen Westen, um die NATO und ihre Mitgliedstaaten von einem Eingreifen abzuhalten. Seit dem Ende des Kalten Krieges war die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen Atommächten in Europa nicht mehr so groß wie heute.

Dieser Krieg ist keineswegs der erste Angriffskrieg nach dem Ende des Kalten Krieges 1989/90. Er fügt aber der Liste, zu der auch "der Westen"² etwa mit dem ebenfalls unter fadenscheinigen Begründungen begonnenen Überfall auf den Irak (2003) sowie dem als humanitäre Intervention deklarierten Kosovokrieg (1999) beigetragen hat, ein schlimmes Kapitel hinzu. Und auch heute werden noch andere grausame Kriege geführt, wie jene im Jemen, in Syrien und die Bombardierungen u.a. mit Chemiewaffen durch die Türkei im Nordirak, die kaum mehr in unsere Medien und unser Alltagsbewusstsein vordringen. Diese Feststellung soll den Krieg in der Ukraine nicht relativieren, sondern die Sinne für selektive Wahrnehmungen schärfen und diese kritisch hinterfragen. Solche Selektionen sind immer auch Resultate bestimmter Herrschafts- und Machtstrukturen, die wir kenntlich machen und verändern wollen.

Herrschaftskritische Friedensforschung nimmt eine kritische Haltung gegenüber jeglicher Form von Herrschafts- und Machtverhältnissen ein. Sie alle sind durchsetzt von personaler (direkter) Gewalt zwischen Akteur*innen, von struktureller Gewalt, die Lebens- und Partizipationschancen ungleich verteilt, sowie – neben anderen – von legitimierenden Gewaltformen wie kultureller, epistemischer und internalisierter Gewalt. Durch diese Gewaltformen werden Macht- und Herrschaftsformationen wie Imperialismus, Kolonialismus, Kapitalismus, Militarismus, Etatismus, Rassismus und Patriarchat verfestigt, die von jenen in komplexer Weise durchzogen sind. Kriege sind mithin eine besonders gewaltsame Form, konkurrierende Herrschaftsansprüche auszutragen. Das zeigt sich auch im Fall des Ukrainekriegs insbesondere mit Blick auf die NATO und Russland: Bereits unmittelbar nach Ende des globalen Systemkonflikts sorgte sich der Westen mehr um die Zukunft seines exklusiven Militärbündnisses, als dass er sich um die Etablierung einer inklusiven Friedensordnung im Rahmen der OSZE bemüht hätte, die nicht nur alle Beteiligten gleichberechtigt eingebunden hätte, sondern die möglicherweise auch in der Lage gewesen wäre, künftige Konflikte konstruktiv zu transformieren. Stattdessen etablierte der Westen eine Machtordnung, die Russland allenfalls extrem asymmetrische Kooperationsformen wie den NATO-Russland-Rat anbot.

Gegen den Moskauer Protest und in Widerspruch zu den - rechtlich nicht fixierten - Absichtserklärungen, die der Westen noch der damaligen Sowjetunion gegeben hatte, rückte das Militärbündnis bis an die russische Grenze vor. Insbesondere auf Drängen der USA und gegen die Vorbehalte Frankreichs und Deutschlands beschloss es 2008, dass auch Georgien und die Ukraine Mitglieder werden würden. Damit war für die russische Regierung eine Grenze überschritten. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung des Landes erhob sie zunehmend einen imperialen ordnungspolitischen Anspruch, und versuchte, die NATO-Beitrittszusagen an Tiflis und Kiew zu unterminieren: 2008 wurde der Georgienkrieg provoziert, 2014 die Krim annektiert und seither der separatistische Kampf in der Ostukraine mindestens indirekt

² In dem Bewusstsein, dass es sich bei 'dem Westen' um eine Konstruktion handelt, nutzen wir den Begriff, um politische und wirtschaftliche Akteur*innen in Europa und in Nordamerika, Australien und Neuseeland zu bezeichnen, die sich selbst als liberale Wertegemeinschaft verstehen und historisch wie gegenwärtig von kolonialen und kapitalistischen Globalstrukturen profitieren.

unterstützt. Nachdem die russische Regierung ihre bisherigen Proteste gegen die NATO-dominierte Ordnung ins Leere laufen sah, setzte sie bereits im letzten Jahr die Ukraine immer wieder militärisch unter Druck. Im Dezember 2021 präsentierte sie ihre Forderungen in Form zweier Vertragsentwürfe, die die USA und die NATO nur *en bloc* annehmen oder ablehnen können sollten. Im Kern ging es darum, dass die NATO ihre Osterweiterung für abgeschlossen erklären und ihre militärische Infrastruktur auf den Stand vor der Osterweiterung zurückfahren sollte. Auch wenn Vertreter*innen des Westens signalisierten, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine nicht anstehe, sahen sich die USA und die NATO nicht in der Lage, dazu eine generelle Erklärung abzugeben. So prallten zwei geostrategische Herrschaftsansprüche aufeinander: einerseits die hegemoniale Rolle des Westens, andererseits der imperiale Ordnungsanspruch Russlands.

In Russland hatten sich zudem seit geraumer Zeit national-chauvinistische Herrschaftsansprüche gegenüber der Ukraine herausgebildet, die als integraler Bestandteil eines neo-imperialen Neurusslandprojekts gedeutet werden können. Die Neuorientierung der Ukraine weg von der russischen Einflussosphäre Richtung Westen wollte Moskau offenbar nicht nur aus geostrategischen, sondern auch aus identitätspolitischen Gründen verhindern. Durch Russland unter Druck stehend, setzte die Ukraine ihren von NATO und EU geförderten, aber selbst im eigenen Land umstrittenen Westintegrationskurs konsequent fort. Mit der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen von 2015 hingegen tat aber auch sie sich schwer: Das gilt nicht nur für die Einhaltung des Waffenstillstands, sondern eben auch für die Herbeiführung der zeitnah geforderten Verfassungsreform, die den Sonderstatus der selbsternannten Volksrepubliken von Donezk und Luhansk regeln sollte. Im völkerrechtlich begründeten Anspruch Kiews auf die volle Souveränität spiegelt sich aber auch ein Staatsverständnis wider, in dem die Staatsregierung ihr Volk als Objekt begreift, über das sie nach Belieben gebieten darf. Die Selbstbestimmung der Menschen, um die es geht, spielt dabei keine Rolle.

Der Krieg ist ein unermessliches Verbrechen und sofort zu stoppen, um noch größeres Leid zu verhindern. Es ist an der russischen Regierung, den Krieg, den sie begonnen hat, wieder zu beenden. Solange sie aber dazu nicht bereit ist, müssen sich alle anderen dazu verhalten – zuallererst die ukrainische Regierung. Letztere nimmt ihr völkerrechtlich legitimes Recht zur militärischen Selbstverteidigung wahr und verpflichtet alle Männer zwischen achtzehn und sechzig Jahren zum Kriegsdienst. Darüber hinaus versucht sie in zielgenauen Ansprachen, ganz im Sinne ihrer Militärstrategie vom März 2021, die NATO auf ihrer Seite in den Krieg hineinzuziehen, um ihre Politik der Westintegration und ihre Vorstellung einer nationalen Souveränität durchzusetzen. Dafür stehen die Forderungen nach einer von der NATO durchzusetzenden Flugverbotszone sowie nach der Lieferung von schweren Waffen und anderem Militärgerät. Auch die Ukraine müsste alles dafür tun, dass der Krieg beendet wird.

Die bereits erkennbaren Versuche der Zivilbevölkerung, sich gewaltfrei gegen die Besatzungsmacht zu stellen, sowie die mutige Opposition gegen den Krieg in Russland – beides scheinen uns zu unterstützende Formen der Konfliktransformation zu sein. Dementsprechend sollte der Westen seine Militärlieferungen an die Ukraine beenden, die das Grauen nur zu verlängern und den Krieg weiter zu eskalieren drohen. Vor allem aber gilt es, die gewaltsame Konfliktaustragung über Verhandlungen zu beenden und den Konflikt konstruktiv zu transformieren. Dazu sollten nicht zuletzt auch jene Teile der Zivilgesellschaft

einbezogen werden, die sich schon lange für Versöhnung, Ausgleich, Selbstbestimmung und gewaltfreie Wege der Konfliktbearbeitung einsetzen.

Eine herrschaftskritische Perspektive auf die Kriegsfolgen

Hinsichtlich der Waffenlieferungen und einer beginnenden Aufrüstung sind wir bestürzt über die Entscheidung der Bundesregierung, die deutsche Bundeswehr mit einem einmaligen "Sondervermögen" von 100 Milliarden Euro sowie mit einem dauerhaft auf über zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts erhöhten Wehretat aufzurüsten. In der Folge befürchten wir einerseits die Gefahr einer regionalen Aufrüstung. Andererseits drohen durch die Umwidmung in den Rüstungshaushalt finanzielle Ressourcen an anderer Stelle zu fehlen, so dass gesellschaftliche Spannungen vertieft werden und Nährböden für zunehmende Unzufriedenheit entstehen können. Statt in massive Aufrüstung, sollte vielmehr in die Energiewende investiert werden, um die Klimaziele zu erreichen, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu beenden und die Finanzierung jener Kriege auszutrocknen, die aus dem Erlös von Öl- und Gasexporten bestritten werden.

Für eine differenzierte, intersektionale Betrachtung der Kriegsfolgen ist eine Reduzierung der Menschen auf primär zwei Gruppen – Männer, die kämpfen, und Frauen mit Kindern, die fliehen – unterkomplex. Damit wird die Heterogenität der Menschen in der Ukraine und in Russland außer Acht gelassen. Mit einer differenzierteren Betrachtung wird es hingegen möglich, zu analysieren, welche Bevölkerungsgruppen in der Ukraine, in Russland, aber auch weltweit, in welchem Ausmaß vom Krieg betroffen sind, z.B. Kinder, Frauen, Männer, sozial Benachteiligte, Kriegsdienstverweiger*innen, Deserteur*innen, LGBTIQ*, Menschen mit körperlichen bzw. geistigen Behinderungen, Migrierende, Geflüchtete, Schwarze und anderweitig rassifizierte Menschen wie Rom*nja. Zu einer solchen differenzierten Betrachtung gehört auch, die Rolle von Männlichkeitsvorstellungen im Kriegsgeschehen sowie die damit einhergehenden herrschaftsstabilisierenden Praktiken kritisch zu hinterfragen. So reproduziert die mediale Berichterstattung beispielsweise ein heroisches, aggressives Bild von Männlichkeit, das gleichzeitig von den Beteiligten bewusst inszeniert wird. Das birgt die Gefahr, den Krieg zu romantisieren und Legitimationsmythen in Form von Heldenerzählungen zu konstruieren – nicht zuletzt über den ukrainischen Präsidenten, aber auch über die tapferen Soldat*innen, die sich für ihr Land und seine Bevölkerung aufopfern. Das kann dazu führen, dass der Blick auf das damit verbundene immense Leid verstellt wird.

In der medialen Berichterstattung werden Sicherheitsdiskurse oft übernommen und damit gestärkt. Dies wird durch Entscheidungen darüber festgeschrieben, wer als Expert*in gilt, wer in Nachrichtensendungen eingeladen wird (und wer nicht) und wie die jeweiligen Statements gerahmt werden. Dadurch wird einerseits der Blick auf die komplexen Zusammenhänge erschwert, und die ohnehin vorhandene Dichotomisierung in Form eines klaren Freund-Feind- und Gut-Böse-Schemas verstärkt - so im vereinfachenden Narrativ des 'guten Westens' gegen Feinde 'westlicher Werte'. Eine solche Berichterstattung lässt damit eine Aufrüstung westlicher Staaten als alternativlos erscheinen. Im Gegensatz dazu rückt eine stärker friedensjournalistisch orientierte Berichterstattung die Multidimensionalität, also die Hintergründe und – auch historische – Komplexität des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie konstruktive Lösungsansätze in den Mittelpunkt. Sie analysiert beispielsweise, wie ein konkreter Friedensprozess zwischen der Ukraine und Russland aussehen könnte und macht auch dezidiert die Perspektiven zivilgesellschaftlicher Akteur*innen aller

Konfliktparteien sichtbar, und zwar auch jener, die auf ein friedliches gesamtgesellschaftliches Zusammenleben hinwirken. In Anbetracht der Gefahren und Repressionen, denen unabhängige russische und ukrainische Journalist*innen ausgesetzt sind, sollte zudem überlegt werden, wie diese konkret unterstützt werden könnten.

Die von dichotomisierenden Narrationen geprägte Kriegslogik führt außerdem zu kurzsichtigen, undifferenzierten Entscheidungen wie etwa den Abbruch kultureller und zivilgesellschaftlicher Beziehungen und Begegnungsräume. Dies zeigt sich in der Tendenz, Kooperationen von Universitäten und Fördergeber*innen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und des österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) zu russischen Partner*innen auszusetzen. Die langfristigen Auswirkungen eines solchen Vorgehens werden dabei zugunsten schneller symbolischer Solidaritätsbekundungen und Bestrafungsmaßnahmen vernachlässigt.

Wir begrüßen die Solidarisierung mit ukrainischen Geflüchteten sowie die aktuell hohe gesellschaftliche Bereitschaft zur Aufnahme und Unterstützung dieser Menschen. Gleichzeitig sind wir besorgt über die selektive Solidarität, die sowohl in einer grundlegenden Ungleichbehandlung von Geflüchteten als auch in der medialen Berichterstattung zu Tage tritt, was auf tief eingeschriebene rassistische Strukturen hindeutet. Es häufen sich Berichte über rassistische, gewaltsame Vorfälle an den Grenzen. Allen Menschen, die Zuflucht suchen, sollen auch sichere Fluchtrouten zur Verfügung stehen, nicht nur *weißen* Personen. Solange dieser Rassismus nicht benannt und in Frage gestellt wird, bleiben unsere Sorgen darüber, dass er sich als langfristige Begleiterscheinung des Krieges sogar verstärken könnte. Deshalb sprechen wir uns für einen besonderen Schutz von Schwarzen und anderweitig rassifizierten Menschen auf der Flucht und im Zielland aus.

Zudem müssen Menschen, die ihre Solidarität durch die Zurschaustellung von Nationalflaggen jedweder Provenienz bekunden, sich (selbst-)kritisch mit den Inhalten auseinandersetzen, für die sie damit *nolens volens* eintreten. Dies betrifft zum einen die homogenisierende und gewaltverherrlichende Reproduktion von Nationalismen, andererseits die damit einhergehende, oft unhinterfragte, Übernahme identitärer politischer Diskurse. Vielmehr muss es möglich sein, Solidarität auch jenseits des Nationalstaates zu bekunden und zu leben.

Des Weiteren müssen die zerstörerischen Folgen des Krieges für die Umwelt mitbedacht werden. So gelangen beispielsweise Schadstoffe aus Munition oder aus zerstörten Industrieanlagen in den Boden und ins Grundwasser; der Lebensraum von Tieren wird zerstört. Kriegsbedingte Schäden an Atomkraftwerken können Radioaktivität grenzüberschreitend freisetzen. Die Folgen sind oft langanhaltend und finden zu wenig Beachtung. Zudem rückt durch den Krieg die dringende Bewältigung der Klimakrise zunehmend in den Hintergrund. Das wird fatale Folgen haben, da unter anderem die Landwirtschaft und damit die Nahrungsmittelsicherheit ohnehin schon lange unter den Folgen der Klimakrise leidet. Dieser Aspekt wiegt umso schwerer, als Russland und die Ukraine zu den weltweit stärksten Getreideexporteuren gehören. Durch den Krieg sind Exportwege bereits unterbrochen, die nächste Ernte ist unsicher, eine weitere massive Steigerung von Getreidepreisen droht. Dadurch wird die Zahl der von Ernährungsunsicherheit betroffenen sowie unterernährten Menschen insbesondere im afrikanischen und asiatisch-pazifischen Raum sowie im Nahen Osten extrem ansteigen. Das führt zur Verschärfung der bereits jetzt bestehenden extremen Ungleichverteilung von Lebens- und Partizipationschancen zwischen dem Globalen Süden und dem Globalen Norden.

Ohne emanzipatorische Selbstorganisation kein Frieden in Würde und Gerechtigkeit

Zeiten von Krieg und Militarisierung sind Zeiten der Verstärkung der gesellschaftlichen und globalen Herrschaftsverhältnisse sowie der zunehmenden Verengung von Denk- und Handlungsräumen. In der Folge wird es immer schwieriger, mit Offenheit nach alternativen Handlungsstrategien und Imaginationen einer besseren Zukunft zu suchen und diese in Debatten sichtbar zu machen. Wir erachten es als unverzichtbar, diese Räume wieder zu öffnen. Folgende Fragen tragen dazu beispielhaft bei: Was brauchen die Menschen, die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, um einen Frieden in Würde und Gerechtigkeit zu leben? Wie lässt sich eine transnationale Solidarität zwischen gesellschaftlichen Gruppen stärken? Wie können Praktiken emanzipatorischer Selbstorganisation, die es – wie in allen Gesellschaften – auch in der Ukraine und in Russland gibt, besser zum Tragen kommen?

Die Stellungnahmen und Aktivitäten gegen den Krieg – unter anderem von den vernetzten feministischen Organisationen, von Journalist*innen und Religionsvertreter*innen in Russland sowie von Anarchist*innen, Antimilitarist*innen und anderen basispolitisch aktiven Gruppen und Organisationen in der Ukraine – sind wichtige Wissens- und Handlungsformen, die noch mehr Sichtbarkeit brauchen. Es sind diese Wissensformen, die als Grundlage für das Nachdenken über eine daraus erwachsende Friedenspraxis fungieren müssen.

Es ist unerlässlich, an diesen basispolitischen Widerstand anzuknüpfen, der sich gegen den Krieg richtet, auch um Demokratisierung zu stärken, anstatt Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren. Nur durch radikal partizipative Prozesse können Räume zur Aushandlung bedeutender Transformationen geschaffen werden. Erwiesenermaßen führt die Mitwirkung von basisdemokratischen zivilgesellschaftlichen Gruppen, insbesondere von organisierten Frauen, zu erfolgreicheren Friedensprozessen und stabileren Friedensverträgen. Auch von Rassismus und anderen Unterdrückungsformen betroffene Menschen sollten aus einer feministisch-intersektionalen Perspektive maßgeblich an Friedensprozessen beteiligt sein, um dort das aus ihren Erfahrungen gewachsene Wissen einzubringen. Dementsprechend konstatiert der *Feministische Widerstand gegen den Krieg* in Russland: „Wir sind die Opposition gegen Krieg, Patriarchat, Autoritarismus und Militarismus. Wir sind die Zukunft, die sich durchsetzen wird.“³

13.04.2022

Christina Pauls, David Scheuing, Mechthild Exo, Juliana Krohn, Philipp Lottholz, Sabine Jaberg

³ „Feministinnen in Russland protestieren gegen Putins Krieg“, Jacobin, 02.03.2022, <https://jacobin.de/artikel/feministinnen-in-russland-protestieren-gegen-putins-krieg-ukraine-invasion-putin-opposition/>